

## Deutschland schreckt Investoren ab

VON ANTJE HÖNING

Der Jubel kennt keine Grenzen: Sachsens Ministerpräsident spricht von einer „wunderbaren Nachricht“, der Bundeswirtschaftsminister freut sich über einen Global Player. In der Tat ist es eine gute Nachricht, dass der taiwanische Chipkonzern TSMC eine Fabrik in Dresden bauen will. Ohne Chips fährt kein Auto, läuft kein Computer. Doch die Ansiedlung ist mit fünf Milliarden Euro an Subventionen viel zu teuer erkauft. Das sind 2,5 Millionen Euro für jeden neuen Arbeitsplatz. Robert Habeck sieht in der Ansiedlung einen Beleg dafür, dass Deutschland ein attraktiver Standort sei. Das Gegenteil ist der Fall: Energiekosten, Genehmigungsverfahren und Bürokratie schrecken investitionswillige Unternehmen ab. TSMC kommt überhaupt nur, weil der deutsche Steuerzahler ihm die Hälfte der Kosten abnimmt. Auch der US-Konzern Intel lässt sich ein Drittel seiner Investition in Magdeburg vom Staat bezahlen. Wohin soll dieser Subventionswettbewerb auch mit anderen Staaten führen?

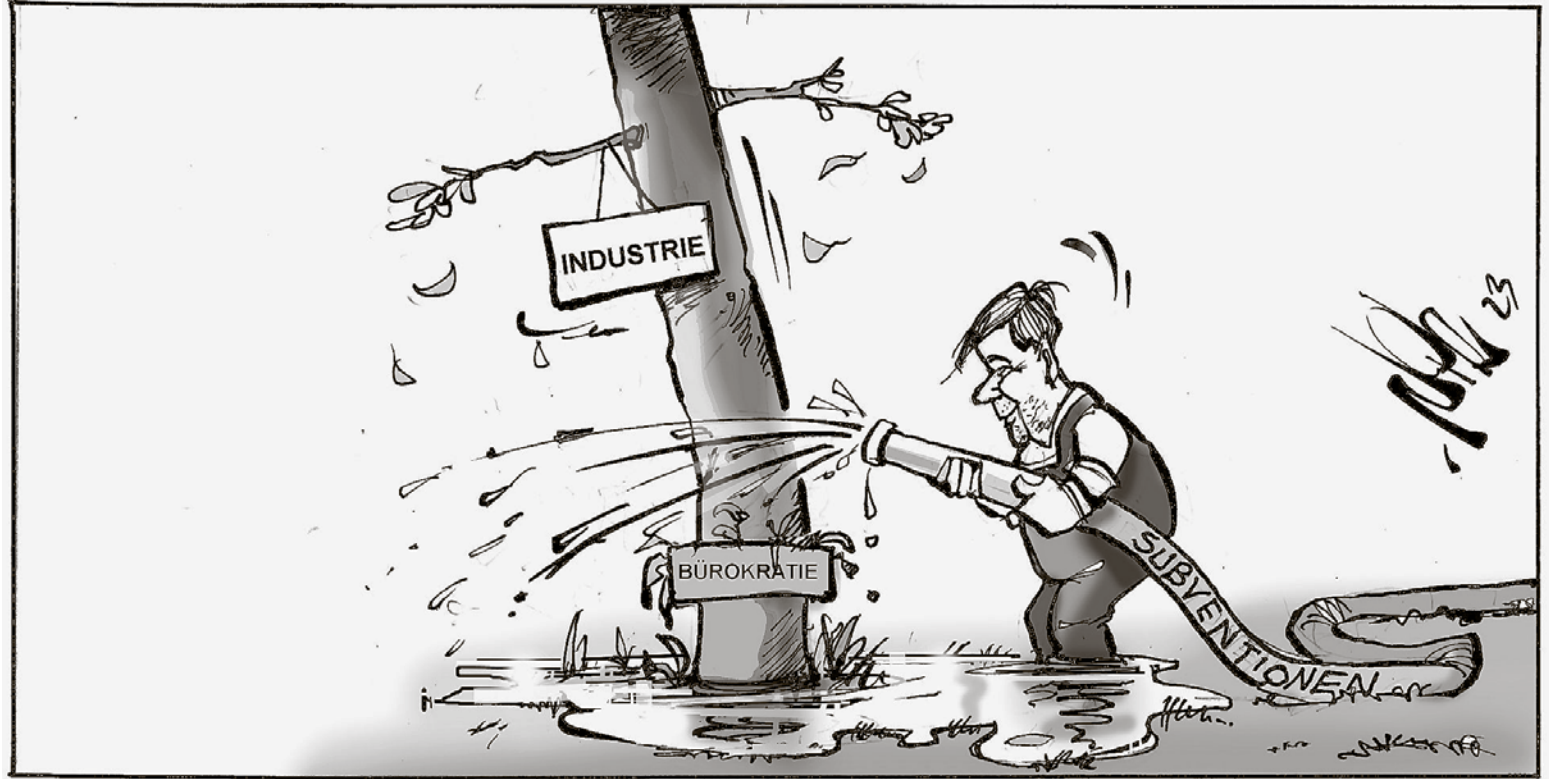
Zugleich verschärft die Bundesregierung damit die Ungleichgewichte: Konzernen werden für die Ansiedlung in Ostdeutschland Milliarden hinterhergeworfen. Zugleich müssen Handwerker und Familienunternehmen bundesweit sehen, wie sie mit Energiekosten und Innovationsdruck klarkommen. Es gibt zwar gute Gründe, die gegen einen Industriestrompreis für die energieintensive Industrie sprechen. Doch dass der Staat der Chemie diese Hilfe verweigert, zugleich aber das Subventionsfass im Osten aufmacht, passt nicht zusammen. Deutschland muss für alle Unternehmen attraktiver werden, indem der Bund die Energiesteuern senkt, Länder und Kommunen endlich schneller mit Genehmigungen werden und Firmen nicht länger mit Bedenkenträgerei quälen. Der teure Subventionswettbewerb aber kennt außer den wenigen profitierenden Konzernen nur Verlierer.

## So zerstört sich die Linke selbst

VON HOLGER MÖHLE

Wie lange geht das noch gut? Die Linke steht vor der größten Zerreißprobe ihrer Geschichte als gesamtdeutsche Partei. Die Ankündigung von Amira Mohamed Ali, aus politischen Gründen nicht mehr für den Fraktionsvorsitz im Bundestag zu kandidieren, ist nur die Spitze eines sehr großen Eisbergs aus Missverständnissen, aus Missgunst und politischen Überzeugungen, die einfach nicht mehr zusammengehen. Die Partei steht, wenn nicht noch eine grundlegende Wende gelingt, vor der Spaltung. Ob die Linke das überlebt, ist mehr als fraglich. Ob eine neue Partei, mit deren Gründung Sahara Wagenknecht seit Monaten kokettiert, tatsächlich eine Basis hat, ist ebenfalls offen. Eine Parteineugründung ist harte Arbeit. Wagenknecht muss sich sehr genau überlegen, ob sie das kann – nach Burn-out und Zwangspause vor gut vier Jahren.

Doch wenn nicht alles täuscht, ist der Austritt einer Gruppe von Abgeordneten um Wagenknecht und Mohamed Ali nur noch eine Frage der Zeit. Eigentlich war die Linke schon immer zwei (oder mehr) Parteien in einer, ein quasi eingebauter Dauerkonflikt. Ostdeutsche Reformer wie auch alte Apparatschiks stritten mit westdeutschen Vertretern der reinen Lehre über den richtigen Kurs der Partei, die 2007 aus ostdeutscher PDS und westdeutscher WASG zur gesamtdeutschen Partei Die Linke wurde. Die Linke würde und wird von einem Teil der Bevölkerung, dem es nicht gut geht, zur Wahrnehmung ihrer Interessen gebraucht – aber nicht in diesem desolaten Zustand. So schafft sich die Linke selbst ab. Im Prinzip könnte der Elder Statesman der Partei, Gregor Gysi, seine Rede vom Göttinger Parteitag 2012 heute wieder halten, als er auf offener Bühne über Hass in der Bundestagsfraktion sprach und dazu aus der Bergpredigt zitierte: „Liebet eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen.“ Die Linke muss jetzt sehr viel beten – für Zusammenhalt.



BEGRENZTES WACHSTUM

RP-KARIKATUR: NIK EBERT

**ANALYSE** Italiens erste Regierungschefin Giorgia Meloni ist bald ein Jahr im Amt. International hat sie sich allenthalben Anerkennung erworben, aber den Radikalen im eigenen Lager ist ihre pragmatische Politik ein Graus.

## Nicht mehr rechts genug

VON JULIUS MÜLLER-MEININGEN

Das italienische Parlament ist in der Sommerpause. Ministerpräsidentin Giorgia Meloni will dem Vernehmen nach in einer Masseria, einem Landhaus, in Apulien Ferien machen. In der Gegend im Süden des Landes soll im Juni 2024 auch der G7-Gipfel unter italienischem Vorsitz stattfinden. Meloni war vor ein paar Wochen schon einmal in der Region. Wie die meisten Mitglieder ihres Kabinetts wählt die Ministerpräsidentin ein Feriendomizil im Inland. Das ist im Fall der von Meloni geführten Rechtsregierung auch eine politische Botschaft: Italien zuerst, lautet sie.

Doch wie nationalistisch ist die erste Ministerpräsidentin eigentlich? Nach der Parlamentswahl im Herbst 2022 machte sich Europa auf die Machtergreifung der italienischen Postfaschisten von Melonis Fratelli d'Italia gefasst. Seit Oktober regieren sie mit der rechtsextremen Lega und der konservativen Forza Italia des jüngst verstorbenen Silvio Berlusconi. Nun geht Meloni wie gewandelt in ihre erste Sommerpause.

Blickt man zurück, muss man sich die Augen reiben. Die im Wahlkampf noch aggressiv aufgetretene Meloni hat international an Anerkennung gewonnen. Sie tourt zwischen Brüssel, Washington und Tunis, verteilt Küsschen, als sei sie nie als rechtsextremes Enfant terrible gefürchtet gewesen. Auch Kritiker loben, dass die 46-Jährige sich nicht ideologisch verschließt, sondern sogar in der Migrationsfrage an konstruktiven Lösungen, etwa einem Migrationspakt mit Tunesien, arbeitet. Was ist passiert? Die Realpolitik hat Meloni im Griff. In der politischen Mitte Europas und in Washington zollt man ihr Respekt. Rechtsaußen rümpft man die Nase.

So hat der frühere römische Bürgermeister Gianni Alemanno, ebenfalls

früher Neofaschist, für den Herbst die Bildung einer neuen Ultrarechts-Partei angedroht. Meloni habe sich dem System angepasst, so lautet der Vorwurf. Alemanno und Co. kritisieren Melonis „Schmusekurs“ gegenüber den USA. Die Unterstützung mit Waffen für die Ukraine und absolute Nato-Treue hat Meloni zur Staatsräson erhoben, obwohl ihrer Koalition mit Lega-Chef Matteo Salvini und Berlusconi Bewunderer von Wladimir Putin angehör(t)en. Auch das stößt den Extremisten auf. Meloni solle „Italien aus dem Ukraine-Konflikt herausnehmen“, forderte Alemanno; sie müsse aufhören, sich den Vereinigten Staaten und Brüssel anzubiedern.

Von rechts wird zudem der geplante Ausstieg Italiens aus dem chinesischen Infrastrukturprojekt „Neue Seidenstraße“ kritisiert. Italien hatte sich unter Giuseppe Conte 2019 als einziger G7-Staat daran beteiligt. Meloni will raus, sucht aber noch einen Weg, China so wenig wie möglich vor den Kopf zu stoßen. Auch die Sozial- und Wirtschaftspolitik Melonis wird von rechts kritisch beäugt: Die Regierung solle sich dem Mindestlohn öffnen und eine glaubwürdige Alternative zum Bürgergeld finden. Ende Juli erfuhren die ersten 169.000 Sozialhilfeempfänger per SMS, dass ihre Unterstützung nun ausläuft. In Neapel und Kampagnen, wo die meisten Sozialhilfeempfänger leben, kam es zu Protesten.

Ob oder wie Meloni, Angehörige einer sich selbst als sozial definierenden Rechten, die ohne Unterstützung dastehenden Sozialhilfeempfänger auffangen will, weiß niemand. Auch die Folgen sind nicht abzuschätzen. Vor Bekanntgabe der Streichungen waren die Umfragewerte der Meloni-Partei ausgezeichnet. Sie konnte Ende Juli noch mit rund 30 Prozent der Stimmen rechnen.

Die Kürzungen wurden erst vor Tagen bekannt, nun ist Sommerpause.

### INFO

#### Eine halbe Millionen Menschen verlieren Hilfe

**Auswirkungen** Nach Schätzungen werden etwa 600.000 Sozialhilfeempfänger in Italien ab Januar des kommenden Jahres keine Stütze mehr bekommen. Die Regierung kalkuliert mit Einsparungen in Höhe von 2,4 Milliarden Euro, die etwa in eine Steuerreform fließen sollen. Das umstrittene Bürgergeld war 2019 eingeführt worden; die Rechtsparteien bemängelten seine Effektivität und wiesen auf zahlreiche Betrugsfälle.

**Begründung** Melonis Rechtsregierung war das Bürgergeld ein Dorn im Auge. Sie will die Zahl der Leistungsempfänger und die Ausgaben massiv reduzieren. Die rechten Parteien behaupteten immer wieder, dass das Bürgergeld denjenigen, die arbeiten könnten, keinen Anreiz geboten habe, tatsächlich zu arbeiten.

**Plan** Mit einer Steuer auf Übergewinne von Banken in Höhe von 40 Prozent will die Regierung „einige Milliarden“ Euro einnehmen, um die Bürger zu entlasten. Das sagte Vize-Regierungschef Matteo Salvini am Montagabend nach einer Kabinettsitzung. Die Maßnahme gilt für das Jahr 2023. Italienische Banken machen wegen hoher Zinsen auf Kredite zurzeit große Gewinne. (dpa/jmm)



Giorgia Meloni Ende Juli an ihrem Amtssitz in Rom. FOTO: IMAGO

Im Herbst muss Meloni dann mit noch größeren Protesten als den spontanen Aktionen in Neapel rechnen. „Die Regierung beutet die Armen aus“, behauptete Maurizio Landini, Vorsitzender der größten italienischen Gewerkschaft CGIL. Künftig sollen nur noch Bedürftige mit Minderjährigen, Behinderten oder über 65-Jährigen im Haushalt bezugsberechtigt sein. Die Opposition spricht von einer „sozialen Zeitbombe“. In Italien leben rund 5,6 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, vor allem im Süden. Dieser Tage genießt die Ministerpräsidentin die Vorzüge der Dolce Vita dort. Doch was, wenn sich die Stimmung bald dreht?

Die Reaktionen auf die Kürzungen sind Melonis Achillesferse. Aber sie sind nicht ihr einziges Problem. Vor ihrer Washington-Reise Ende Juli hatte die 46-Jährige das gute Wirtschaftswachstum Italiens hervorgehoben und auf die Politik ihrer Regierung zurückgeführt. Nach der Rückkehr folgte die kalte Dusche. Jüngste Daten zeigten, dass Italiens Wachstum nachlässt. Statt dem angepeilten Wachstum für 2023 von einem Prozent legt das Bruttoinlandsprodukt nur um 0,8 Prozent zu. Die Inflation (sechs Prozent) hat Italien weiterhin stark im Griff, auch die Benzinpreise steigen. Ein gefährlicher Mix für Meloni.

Experten zufolge hat der leichte Abschwung nicht nur makroökonomische, sondern auch hausgemachte Gründe. So ließ Meloni den sogenannten Superbonus streichen. Wer seine Immobilie energiegelicht und erdbebensicher renovieren ließ, konnte dies komplett von der Steuer absetzen. Die Maßnahme war teuer für den Staat, brachte aber die Baubranche in Schwung. Dieser Elan ist nun passé. Für die enorme Staatsverschuldung (145 Prozent der Wirtschaftsleistung) ist das ein Problem. Jährlich bezahlt Italien rund 76 Milliarden Euro an Zinsen für die Finanzierung seiner Staatsschulden. Giorgia Meloni weiß, dass ihr die Hände gebunden sind. An der Reduzierung dieses Schuldenbergs führt auch für sie kein Weg vorbei.

### WISSENSDRANG

Am 26. Juli wurde der amerikanische Schauspieler Kevin Spacey von einem Londoner Gericht in neun Anklagepunkten wegen sexueller Übergriffe freigesprochen. Der zweifache Oscar-Preisträger war einer der beliebtesten Schauspieler der Welt gewesen, bevor Vorwürfe der sexuellen Belästigung und Nötigung gegen ihn laut wurden. Von einem Tag auf den anderen verlor er seine Rollen und wurde sogar aus einem fertigen Film herausgeschnitten. Auch nachdem ihn mehrere Gerichte freigesprochen hatten, schätzten die Medien Kevin Spaceys Chancen, wieder große Rollen zu bekommen, als gering ein. Wer einmal am öffentlichen Pranger steht, für den scheint eine Rückkehr zur Normalität kaum möglich.

## Das moralische Tribunal

Der Fall Kevin Spacey zeigt Fluch und Segen der „Me Too“-Bewegung.



MARIA-SIBYLLA LOTTER

Warum hat ein Gerichtsurteil heute bei Prominenten kaum noch die Kraft, eine falsche Anschuldigung aus der Welt zu schaffen? Bei dieser Entwicklung spielen wohl mehrere Faktoren zusammen. Durch die „Me Too“-Bewegung ist die gesellschaftliche Sensibilität auch für schwächere Formen sexueller Zudringlichkeit, die nicht strafbar sind, gestiegen. Eine Berührung, um zu testen, ob das Objekt der Begierde an Annäherung interessiert sein könnte, gilt heute als unzulässige Grenzverletzung. Vor allem aber scheint sich ein Teil der Presse die Forderung der „Me Too“-Bewegung zu eigen gemacht zu haben, der Person, die die Opferrolle einnimmt, immer zu glauben. Diese Forderung ist durchaus sinnvoll – aber nur in dem therapeutischen Kontext, aus dem sie

stammt. Eine Therapeutin muss sich auf die subjektive Sicht ihres Klienten einlassen. Wenn sich Teile der Presse und der sozialen Medien diese Haltung als Geschäftsmodell zu eigen machen – denn moralische Empörung zahlt sich aus –, schadet das aber nicht nur den betroffenen Prominenten, sondern auch tatsächlichen Opfern sexueller Gewalt und Nötigung. Denn die gibt es nach wie vor – und sie müssen auch noch gegen den Verdacht ankämpfen, mit der Opferrolle nur Sympathie, Wertschätzung und Geld einheimen zu wollen.

Unsere Autorin ist Philosophie-Professorin an der Ruhr-Universität Bochum. Sie wechselt sich hier mit der Pflanzenbiologin Petra Bauer und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.